

Kommunalwahl 2009

---

Der BUND befragt

die Kandidaten für die  
Gemeinderatswahl in  
Kirchheim unter Teck

Viele Kirchheimer Bürger interessiert, welche umweltpolitischen Schwerpunkte sich die Kandidaten für die Gemeinderatswahl in Kirchheim unter Teck gesetzt haben und wie die Kandidaten zu wichtigen, auf kommunaler Ebene zu entscheidenden Fragen des Umwelt- und Naturschutzes stehen.

Daher hat der BUND in Kirchheim einen Fragekatalog zusammengestellt, um den Kandidaten die Möglichkeit zu geben, anschaulich und konkret Ihre umweltpolitische Position darzulegen.

Geantwortet auf den vom BUND versandten Fragebogen haben:

- Dr.Silvia Oberhauser (für die Frauenliste)
- Andreas Schwarz (für die Grünen)
- Martin Mendler (für die SPD)
- Hans Kiefer (für die CIK)
- Dr.Christoph Miller (für die FWV)

Keine Antworten erhielten wir von den Kandidaten der CDU und denen der FDP/KiBü

Die Antworten wurden in der Reihenfolge des Eingangs unter die Fragen geschrieben

Mai 2009

BUND Ortsgruppe Kirchheim/Teck und Umgebung  
Koordination dieser Aktion: Robert Poremba  
Umweltzentrum Kirchheim  
Max-Eyth-Str. 8  
73230 Kirchheim/Teck

Telefon: 07021 - 49480  
Fax: 07021 - 71120  
Email: [umweltzentrum@bund-es.de](mailto:umweltzentrum@bund-es.de)

## Themenblock A - Flächenverbrauch und Siedlungsentwicklung

### A1) Gehört das Konzept der Netto-Null beim Flächenverbrauch in Kirchheim zu Ihrem Programm und in welchem Zeitraum würden Sie es umsetzen?

Frauenliste	Ja, denn schon heute können wir uns nicht mehr leisten Flächen für weitere Bebauung zu verbrauchen. Gerade wenn innerstädtisch nachverdichtet wird, brauchen wir die verbliebenen Flächen zur Entwicklung qualifizierter Freiflächen und für Naherholungsgebiete.
Die Grünen	Ja. Dieses Thema ist schon immer auf der grünen Agenda. Auch in Kirchheim unter Teck sind die Grenzen der Bebauung zu definieren! Der Flächennutzungsplan weist heute genügend bebaubare Flächen aus. Darüber hinaus gilt für uns der Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung", das heißt der Vermeidung von neuen Wohn- und Gewerbeflächen im Außenbereich. Betrachtet man die demographische Entwicklung (vgl. Pestl-Studie der Region Stuttgart), so wird deutlich, dass auch in der Region Stuttgart die Netto-Null beim Flächenverbrauch zu stehen hat. In den zurückliegenden Jahren haben wir uns stets für eine Zurückhaltung bei der Ausweisung neuer Flächen ausgesprochen. Konkret haben wir Bedenken gegen die Erweiterung der Fa. Waggershauser und der Fa. Feeß, welche beide außerhalb der Stadt erweitern wollen, vorgebracht. Auch die Neuausweisung der Braike haben wir kritisch gesehen.
SPD	Nein. Vollmundige Versprechungen, die dann doch nicht eingehalten werden können, nützen nichts. Auch Regierungschef Oettinger strebt die „Netto Null“ beim Flächenverbrauch an. An den Steigerungsraten hat dies jedoch nichts geändert.  Der vom Gemeinderat verabschiedete Flächennutzungsplan bekennt sich deutlich zum Vorrang der Innenentwicklung vor der Ausweisung von neuen Baugebieten auf der grünen Wiese. Auch das Baugesetzbuch enthält dafür bereits Richtungweisende Vorschriften. Aber auch die verstärkte Innenentwicklung läuft eben nicht ohne Konflikte ab (siehe Klosterviertel und Paradiesle), wenn übers Ziel hinaus geschossen und der historisch gewachsene Charakter

	<p>eines Quartiers nicht ausreichend beachtet wird. Der auch in Kirchheim sich mittel- und langfristig abzeichnende Bevölkerungsrückgang wird den Drang nach zusätzlicher Bebauung spürbar abmildern.</p>
CIK	<p>JA, wir werden uns stark dafür einsetzen, dass dies in der kommenden Legislatur umgesetzt wird und Eigentümer von leerstehenden Gebäuden zum Verkauf oder zur Bebauung bewegt werden !</p>
FWV	<p>Netto-Null befürworten wir.</p> <p>In Kirchheim sind Baulücken und Industriebrachen in genügender Anzahl vorhanden. Die im FNP ausgewiesenen Gebiete für Wohnbebauung werden voraussichtlich nicht alle beansprucht.</p> <p>Ausnahmen könnten sein: Ansiedlung von Ikea, Änderung der Rahmenbedingungen</p>

<b>A2) Wären Sie bereit, in einem verbindlichen Gemeinderatsbeschluss eine feste Obergrenze für die weitere Überbauung zu ziehen?</b>	
Frauenliste	Ja.
Die Grünen	Ja, das ist seit vielen Jahren die Anregung der grünen Fraktion im Gemeinderat.
SPD	<p>Nein, denn ein solcher Beschluss ginge zu Lasten der erforderlichen Planungsflexibilität, die auch kommende Generationen benötigen. Im Übrigen: Ein ehemaliger OB hat einmal das bedenkenswerte Bonmot geprägt, nicht immer wird Fläche „verbraucht“, sie wird nur „höherwertiger genutzt“.</p> <p>Vorstellen kann man sich, dass künftig der ruinöse Wettbewerb zwischen den Kommunen abgelöst wird durch mehr interkommunale Lösungen, gerade bei der Nutzung von Flächen. Denkbar ist auch eine viel schärfere Genehmigungspraxis. Wer indessen eine gesetzliche Ermächtigung will, um Mengenziele für die kommunale Siedlungsentwicklung im ganzen Land verbindlich zu machen, muss auch dazu sagen, dass damit ein gewaltiger Eingriff in die kommunale Planungsautonomie vor Ort vorgezeichnet ist. Den mögen Land und Region anstreben, aber wollen sich auch die Kommunen des hehren Zieles wegen von ganz oben zu Lasten ihrer Selbstverwaltung Vorschriften machen lassen?</p>
CIK	<p>ja - nach eingehender Beratung im GR es müssen Beschlüsse im Regionalparlament verbindlich für alle Umlandgemeinden getroffen werden damit keine Gemeinde benachteiligt wird ! d.h. in Zusammenarbeit mit der Regionalversammlung und den Umlandgemeinde muss nach einer guten Lösung gesucht werden!</p>
FWV	Momentan nicht nötig

<b>A3) Sind Sie bereit, sich für eine „Stadt der kurzen Wege“ einzusetzen, wo die Lebensbereiche Arbeit / Wohnen / Freizeit besser miteinander vernetzt sind, damit ein weiteres verkehrsträchtiges Auseinanderdriften vermieden werden kann?</b>	
Frauenliste	Wir sind dazu nicht nur bereit, wir haben dies auch in jeder unserer Reden zum Haushalt thematisiert und entsprechende Anträge gestellt oder unterstützt.
Die Grünen	Die „Stadt der kurzen Wege“ ist Leitmotiv der Grünen in der Stadtentwicklungsplanung. Durch eine dezentrale Versorgungsstruktur und die Erreichbarkeit wichtiger Orte zu Fuß oder mit dem Fahrrad kann dieses Ziel erreicht werden. Aus diesem Grund haben wir uns zum Beispiel gegen die Einrichtung des Lidlmarktes an der Umgehungsstraße ausgesprochen, sondern vielmehr den Capmarkt in Ötlingen unterstützt.
SPD	Klingt als Ziel gut. Die unvermeidbaren Interessenkonflikte kommen aufs Tapet, wenn eine Planung konkret wird. Und da lassen sich die Bereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit plötzlich gar nicht mehr so harmonisch unter einen Hut bringen. Im Einzelfall muss geprüft werden, ob ein Vorhaben verträglich zu realisieren ist.
CIK	Ja
FWV	Ist ein wünschenswerter Ansatz, jedoch sicher nur begrenzt umsetzbar. Im Bereich Wohnen-Freizeit wird dies umgesetzt .Ansiedlung von Gewebe wird angestrebt (Wirtschaftsförderung) ist aber eine schwierige Daueraufgabe Arbeitsplätze lassen sich nicht immer am Wohnort realisieren.

**A4) Welche Ideen haben Sie, um in den vorhandenen Bauflächen ein aktives nachhaltiges Flächenmanagement zu etablieren, mit dem Ziel, Leerstände und Brachen zu vermeiden, Flächen bestmöglich zu ?recyclen? und somit den Expansionsdruck in die derzeit noch verbliebenen Freiflächen hinein zu minimieren?**

Frauenliste	<p>Hier ist bereits die Stadtverwaltung selbst aktiv geworden, einmal durch ihr Gewerbeflächenentwicklungskonzept, das aufzeigt, dass der zukünftige Bedarf an Gewerbeflächen zum überwiegenden Teil durch Nutzung von innerstädtischen Brachflächen gedeckt werden kann. Wir unterstützen dies. Zum anderen gibt es ein öffentlich zugängliches Baulückenkataster.</p> <p>Was die Wohnbebauung angeht, so kann der Gemeinderat nur über entsprechende Bebauungspläne steuern, da die Flächen in der Regel in privater Hand sind. Hier stellt sich natürlich durchaus auch die Frage, ob nicht längst am Bedarf vorbei gebaut wird (man denke beispielsweise an den Weisepark), und für welche Zielgruppe noch Wohnraum zu schaffen ist.</p>
Die Grünen	<p>Wir denken hier an ein Flächen- und Baulückenkataster, das auf der Homepage der Stadtverwaltung geführt werden kann. Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung sollte darüber hinaus auch auf die Datenbank zu Immobilienflächen zurückgegriffen werden.</p>
SPD	<p>Die Stadtverwaltung wurde inzwischen so umstrukturiert, dass Gebäudemanagement und Wirtschaftsförderung stärker Hand in Hand greifen. Es gibt auf der Homepage der Stadt ein Baulückenverzeichnis, das dauerhafte Leerstände und Brachen vermeiden helfen soll. Außerdem kooperieren Wirtschaftsförderung und Immobilienmakler, um Investoren ein maßgeschneidertes Flächenangebot unterbreiten zu können.</p>
CIK	<p>wir unterstützen die Verwaltung bei der Aufstellung des "Freiflächenkatasters" im internet ggf. muss hier noch mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden</p>
FWV	<p>Baulückenkataster besteht bereits, Leerstände sind gering und Expansionsdruck besteht nicht.</p>

**A5) In welcher Weise werden Sie Kirchheim planerisch auf den bereits begonnenen und sich zukünftig verstärkenden demografischen Wandel und die in absehbarer Zukunft allgemein sinkenden Bevölkerungszahlen vorbereiten?**

Frauenliste	<p>Der demografische Wandel hat zwei Komponenten, zum einen, den Kampf um junge Familien. Hier zeigt sich in Kirchheim das Problem, dass Baugrund und Mieten einfach zu teuer sind, und diese Familien ins Umland abwandern. Um hier entgegen zu wirken, müßte beispielsweise die Stadt selbst Flächen erwerben und jungen Familien oder Baugemeinschaften zu moderaten Preisen zur Verfügung zu stellen. Auch die Investitionen in Bildung und Betreuung, die wir in allen Punkten unterstützen, fördern die Ansiedlung von Familien.</p> <p>Die andere Komponenten sind unsere älteren Menschen auf die unsere Stadtplanung reagieren muss: Bauen ohne Mobilitätshindernisse, kurze Wege, gute innerstädtische Infrastruktur, seniorenrechtlicher öffentlicher Nahverkehr, Förderung von generationenübergreifendem Bauen und Wohnen, seniorenrechte Freiflächen usw.</p> <p>Und vielleicht bergen sinkende Bevölkerungszahlen auch längerfristig die Chance Verkehrsflächen rückbauen zu können.</p>
Die Grünen	<p>Weniger Nachkommen bedeutet, dass wir in Zukunft als Gesellschaft auch weniger zusätzliche Wohnflächen brauchen werden. Auch mit Blick auf den Werterhalt bestehender Immobilien und heute erschlossener Grundstücke setzen wir daher auf den Generationswechsel im Bestand. Das bedeutet, dass wir durch Umnutzungen, qualitätvolle Nachverdichtung, Sanierung, Flächenrecycling und auch Abriss und Neubau im bestehenden Stadtgefüge den Platzbedarf der heute jungen Generation decken wollen. Im Gegenzug können wir für alle kommenden Generationen die notwendigen Freiflächen für Nahrungsproduktion, Erholung, evtl. Energieproduktion und den Artenreichtum der Natur erhalten. Aber auch die Bildungs- und Betreuungsangebote sind auf die zurückgehenden Kinderzahlen anzupassen. Dabei ist klar, dass die finanzpolitische Priorität der Finanzierung der Bildungs- und Betreuungsangebote sowie der ökologischen/energetischen Sanierung der vorhandenen (Gebäude-) Infrastruktur gilt.</p>

SPD	<p>Der Gemeinderat hat einen Plan zu „Wohnen und soziale Infrastruktur“ auf den Weg gebracht, in dem die Veränderungen im Altersaufbau eine zentrale Rolle spielen. Die SPD verlangt in ihrem Kommunalwahlprogramm ein Gesamtkonzept für ein altersgerechtes Leben in Kirchheim. Wichtig ist für uns, die seniorengerechte Stadt nicht gegen die familienfreundliche Stadt auszuspielen. Die gesamte Verkehrsplanung muss auf die älter werdende Gesellschaft Rücksicht nehmen: Pflastersteinplätze, über die man mit dem Rollator nicht drüber kommt, sind genauso unfug wie Grünphasen für Fußgänger an Ampelanlagen, die gehbehinderten Menschen nie und nimmer ausreichen.</p>
CIK	<p>die künftige Stadtentwicklungsplanung muss sich an den demographischen Wandel anpassen, alle gravierenden Maßnahmen müssen unter diesem Aspekt betrachtet werden !</p>
FWV	<p>Bevorzugung innenstadtnaher Bebauung und Unterstützung neuer Wohnkonzepte(z.B. Weppachweg).</p>

**A6) Wie stehen Sie zu der geplanten Ansiedlung von IKEA?**

Frauenliste	<p>Wir haben im Gemeinderat den Ansiedlungsbemühungen um IKEA zu gestimmt, weil wir die Chance neuer Arbeitsplätze und dringend benötigter Gewerbesteuererinnahmen sehen. Wir geben aber zu, dass wir hier sehr ambivalent sind, weil wir auch die Probleme durch steigendes Verkehrsaufkommen, Gefährdung unseres innerstädtischen Handels und die Problematik durch einen gesichtslosen „Einheitsklotz“, der unseren Stadteingang massiv verändern wird, sehen.</p>
Die Grünen	<p>So wie sich das IKEA vorstellt geht es nicht, denn das Projekt hat erhebliche ökologische Mängel und bringt uns der Netto-Null beim Flächenverbrauch nicht gerade näher. Zudem sorgen wir uns um den Kirchheimer Einzelhandel in der Innenstadt.</p> <p>Ökologisch sind folgende Punkte kritisch:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>o Verkehr: Weitere Erschließungsmaßnahmen und ein weiterer Autobahnzubringer sind erforderlich.</li><li>o Topographie und Gewässer: IKEA plant eine Nivellierung des Geländes und eine vollständige Versiegelung.</li></ul> <p>Für die Innenstadt ist kritisch, dass IKEA wohl auf 4.000 m<sup>2</sup> innenstadtrelevante Artikel verkaufen will. Wir sehen die Obergrenze für solche Artikel bei 2.950m<sup>2</sup> Verkaufsfläche.</p> <p>Für uns als Gemeinderatsfraktion Grüne Alternative ist klar, dass ein solch gigantisches Vorhaben, wie es IKEA mit 40.000 Quadratmeter Verkaufsfläche verwirklichen möchte, nicht realisierbar ist. Von der Größe her wäre IKEA dann annähernd so groß wie das Wohngebiet Nägelestal.</p> <p>Wir wollen uns gerne für die Ansiedlung von IKEA einsetzen, wenn das Vorhaben hier verträglich ist. Nur wenn die Ansiedlung verträglich für die gesamte Stadt ist, kann sich die Fraktion Grüne Alternative für das Vorhaben „Ikea im Hegelesberg“ stark machen.</p> <p>Sehr gut können wir uns vorstellen, dass das Vorhaben hinsichtlich Kubatur, Größe und Lage auf die Planung, die dem Bebauungsplanentwurf von 1993 zugrunde lag, zurückgeführt wird.</p> <p>Die Verträglichkeit machen wir an drei Punkten fest:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Das Verkehrsaufkommen muss verträglich sein: Verkehrslenkende und verkehrsleitende Maßnahmen sind daher unabdingbar. Der von Norden kommende motorisierte Individualverkehr darf nicht durch die Stadt, sondern muss über die Autobahn geführt werden. Hier verlangen wir klare Aussagen von der</li></ol>

	<p>Stadtverwaltung, ob eine Einbeziehung der Autobahn überhaupt zulässig ist. Auch bedarf es einer Selbstbindung des Gemeinderates, den Verkehr nicht über die Innenstadt zu führen bzw. gar die Nordwesttangente nicht notwendigerweise bauen zu wollen.</p> <p>2. Verträglichkeit bezüglich der vorhandenen Einzelhandelsstandorte – d.h. sowohl in Bezug auf unser Kaufhaus Innenstadt, als auch in Bezug auf die Zentren benachbarter Städte. Konkret sehen wir die Gefahr, dass durch eine zu hohe Verkaufsflächenanzahl innenstadtrelevanter Artikel erhebliche negative Auswirkungen auf den vorhandenen Geschäftsbesatz entstehen. Konkret schlagen wir vor, in einem städtebaulichen Vertrag mit IKEA das Randsortiment, also die innenstadtrelevanten Artikel, auf 2.950 Quadratmeter zu begrenzen und max. 18.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche vorzusehen. In der Summe sollten maximal die Verhältnisse, die es in Ulm gibt, geschaffen werden. Den Homepark lehnen wir vollständig ab, da er schädigende Auswirkungen auf die Zentren hat.</p> <p>3. Verträglichkeit bzgl. des Landschaftsbildes. Der Nivellierung des Geländes stehen wir aus Gründen der Ökologie, der Entwässerung und der Flächenversiegelung sehr kritisch gegenüber. Hier muss nachgebessert werden. Die vorgelegte Planung halten wir für wenig zeitgemäß, da sie nicht dem heutigen Stand von Natur, Ökologie und Umgang mit Entwässerungssystemen entspricht.</p>
--	---

SPD	<p>Positiv, weil die Vorteile unter dem Strich eindeutig überwiegen: Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch eine Millioneninvestition in der Krise, Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze, Plus bei den Gewerbesteuereinnahmen, Angebote für Verbraucher gerade mit dem kleineren Geldbeutel, Gewinn fürs Stadtmarketing durch eine Weltmarke, Kaufkraftzufluss auch für den innerstädtischen Handel. Die Verantwortlichen in der Region fordern wir deshalb auf, die vermeintlichen planungsrechtlichen Hürden schnell aus dem Weg zu räumen.</p>
CIK	<p>Die überwiegende Mehrheit steht einer Ansiedlung positiv gegenüber, allerdings in einer "abgespeckten" Variante OHNE „Homepark“. Es gibt allerdings auch Gegner des Projektes in unseren Reihen. Eine Ansiedlung steht sicher konträr zu dem Ansinnen die landwirtschaftl. Fläche in Kirchheim zu erhalten!</p>
FWV	<p>Abwägung von Pro ( Arbeitsplätze,Stadtmarketing usw.) und Contra (Verkehrszunahme,Flächenverbrauch) hat im GR zu einer überwiegenden Zustimmung geführt.</p>

## Themenblock B - Schutz von Streuobstwiesen

**B1) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der derzeitige Bestand an Streuobstwiesen, also nicht nur der Ötlinger und Jesinger Halde erhalten bleibt?**

Frauenliste	Zweifellos.
Die Grünen	Ja. Wir wollen ein Kirchheimer Programm zur Förderung und zum Erhalt der Streuobstwiesen aufzulegen.
SPD	Im Prinzip ja, denn Streuobstwiesen prägen die Kulturlandschaft und besitzen besondere Bedeutung für das Landschaftsbild und die Naherholung. Sie bieten einen wichtigen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und sind so von erheblicher Bedeutung für den Biotopverbund, das Lokalklima und den Artenreichtum.
CIK	JA
FWV	Wir haben das Thema Steuobstwiesen in unserer Haushaltrede angesprochen und Mittel dafür beantragt. Leider wurden wir nicht ausreichend unterstützt. Wir werden das Thema weiter behandeln und setzen uns für ein „ Kirchheimer Programm“ ein. Darin muß Bestand, Erhalt, Pflege und Vermarktung geregelt werden um langfristig die Streuobstwiesen als Teil unserer Kulturlandschaft zu erhalten.

**B2) Was möchten Sie gegen die schleichende Umwidmung von Streuobstwiesen durch illegale Bebauung, Baumrodung oder Verwilderung tun?**

Frauenliste	Wir unterstützen das Bewirtschaftungskonzept der Lokalen Agenda bezüglich unserer Halden. Natürlich dürfen auf den Freizeitgrundstücken nicht ferienhausartige Gebäude entstehen, allerdings muss es für die Menschen die Freizeitgrundstücke pflegen und erhalten, auch die Möglichkeit geben sich Geräteschuppen zu bauen und ein wenig Aufenthaltsqualität zu schaffen.
-------------	--

Die Grünen	Hier sind das Baurechtsamt und die Naturschutzbehörden gefordert: Sie müssen Verstöße gegen die an sich klaren Regelungen schneller verfolgen und ahnden. Auch die Stadtverwaltung muss eine klare Linie fahren und den hohen ökologischen Wert sowie den Schutz der Streuobstwiesen unmissverständlich vertreten.
SPD	Um die Bemühungen zum Erhalt eines qualitativ hochwertigen Bestands an Streuobstwiesen besser zu koordinieren, könnte nach dem Vorbild der Stadt Ostfildern eine „Projektgruppe Streuobst“ gegründet werden. Sie würde sich zusammensetzen aus Vertretern von Albverein und Landwirtschaft und Schäferei, den Obst- und Gartenbauvereinen, der Lokalen Agenda 21 sowie des Stadtrats und der Stadtverwaltung. Ziel müsste sein, unsere Streuobstwiesen in ihrem Bestand zu erhalten, qualitativ zu verbessern und zukunftsfähig umzugestalten. Der Startschuss dafür könnte eine Eigentümerbefragung sein.
CIK	vorhandene Ordnungsmassnahmen konsequent anwenden bzw. auch tatsächlich umsetzen (Befugnisse Ordnungsamt, Baurecht, Grünflächenamt)
FWV	Wir wünschen das Anlegen eines Freiflächenkatasters mit der Kennzeichnung aller Streuobstwiesen und dazu eine Beurteilung des Bestandes und Zustandes .Wir wünschen uns ebenso mehr Bewusstsein in der Öffentlichkeit.

## Themenblock C - Verkehrskonzept

### C1) Unterstützen Sie die Schließung der bestehenden Lücken im Kirchheimer Radwegenetz und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes?

Frauenliste	Wir unterstützen dies nicht nur, wir fordern dies unermüdlich, und würdigen ausdrücklich die Arbeit der Initiative FahrRad.
Die Grünen	Ja. Wir setzen uns für die Verbesserung der Erreichbarkeit von wichtigen Orten wie Geschäfte, Bildungseinrichtungen und Treffpunkten zu Fuß oder mit dem Fahrrad verbunden mit dem weiteren Ausbau der Fahrradwege ein.
SPD	Aber natürlich. Im Kommunalwahlprogramm der SPD Kirchheim heißt es dazu kurz und bündig: „Weiterer Ausbau des Radwegenetzes – Bessere Bedingungen für Radfahrer, z. B. am neuen Nanz-Center.“ Radwege müssen insbesondere für Kinder sicherer ausgebaut werden. Auch in touristischer Hinsicht muss man im Radwegenetz in und um Kirchheim noch eine Schippe drauflegen, etwa was die Ausschilderung und das Tourenangebot in den Wäldern anbelangt.
CIK	JA
FWV	Ja.Vorschläge der AG Fahr-Rad werden laufend umgesetzt.

<b>C2) Wie stehen Sie zur Nord-West-Tangente?</b>	
Frauenliste	Vorbehaltlos ablehnend. Für uns gibt es kein einziges überzeugendes Argument für diese landschaftszerstörende und unsummenverschlingende Straße!
Die Grünen	<p>Wir Grünen lehnen den Bau der Nordwesttangente ab. Unser klares Nein gegen die Nordwesttangente gilt heute und auch nach der Gemeinderatswahl.</p> <p><input type="checkbox"/> Für uns ist die Nordwesttangente aus verkehrlicher Sicht nicht notwendig, da die damals prognostizierten Zahlen nicht eingetreten sind. So haben die jüngsten Ergebnisse aus dem Büro Kölz hervor gebracht, dass der motorisierte Individualverkehr nicht so stark zugenommen hat, wie die Zunahme prognostiziert wurde.</p> <p><input type="checkbox"/> Den mit dem Bau der Nordwesttangente verbundenen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft lehnen wir ab.</p> <p><input type="checkbox"/> Wir Grünen setzen Prioritäten in der städtischen Haushaltspolitik, indem wir den Bereichen Bildung und Betreuung sowie dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur eine höhere Bedeutung beimessen. In Anbetracht der Herausforderungen, die in diesen Bereichen auf die Stadt zukommen, ist die Nordwesttangente nicht finanzierbar.</p> <p><input type="checkbox"/> Denn wenn die Stadt für die heute vorhandenen Straßen einen Sanierungs- und Instandhaltungsschritt vorträgt und hierfür mehr Gelder bereitstellen will, dann verbietet sich in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation der Bau neuer Straßen.</p> <p><input type="checkbox"/> Dem Bürgerentscheid lag die Variante mit einem längeren Tunnel zugrunde. Der Bürgerentscheid hatte mangels Beteiligung kein Ergebnis hervorgebracht. Manchen Gemeinderatskolleginnen und Kollegen schwebt ja eine Planung mit einem verkürzten Tunnel vor. Wenn nun eine Planung mit einem verkürzten Tunnel überhaupt diskutiert werden soll, so ist für uns klar, dass es zuvor einen neuen Bürgerentscheid geben muss. Schließlich war die Planung mit einem längeren Tunnel Grundlage des damaligen Bürgerentscheids.</p>
SPD	Die Nord-West-Tangente (NWT) ist nach wie vor ein verkehrlich sinnvolles Projekt, denn sie wird einen entlastenden Ringschluss mit Bündelungs- und Verteilfunktion im Straßennetz bewirken. Das hat übrigens der damalige

	<p>grüne Mitbewerber von Bürgermeister Riemer, Herr Soddemann, exakt auch so gesehen. Derzeit ist die NWT aus guten Gründen auf Eis gelegt, denn das Geld in Millionenhöhe ist nicht in der Schatulle. Das Kommunalwahlprogramm der SPD spricht zu einem anderen Aspekt ebenfalls Klartext: „Nein zu einer Nordwesttangente mit kürzerem Tunnel – Fortsetzung des Projekts nur auf der Basis des Bürgerentscheids von 2001. Wir halten Wort!“ Bevor für das Projekt irgendwann einmal die Bagger anrollen, muss aus Sicht der SPD sowieso eine neue integrierte Verkehrsuntersuchung im Lichte innerstädtischer Verlagerungen bei den PKW-Strömen durchgeführt werden.</p>
CIK	Wir lehnen die NWT kategorisch ab !
FWV	Grundsätzlich sind wir für eine Entlastung der Ortskerne in Ötlingen, Jesingen und Kirchheim durch Umgehungsstraßen. Dies fördert Sanierungsmaßnahmen, fördert innerstädtisches Wohnen und schützt die Menschen entlang übermäßig belasteter Straßen.

<b>C3) Sehen Sie generell Bedarf für einen Ausbau des Straßennetzes in der Gemarkung Kirchheim?</b>	
Frauenliste	Angesichts der bevorstehenden demografischen Entwicklung gibt es keine Begründung mehr für neuen Straßenbau. Unser Credo: Wer sich die Instandhaltung bestehender Straßen schon nicht leisten kann, sollte keine neuen bauen.
Die Grünen	Der Ausbau ist nicht erforderlich. Die Stadt hat hierfür auch kein Geld. Vielmehr muss der Bestand instand gehalten und ggf. saniert werden. Das kostet schon genug Geld, das die Stadt eigentlich nicht hat. In unseren Augen soll allein die Max-Eyth-Straße zur Fußgängerzone ausgebaut werden.
SPD	Nein, generell nicht. Für die Entlastung der Ortskerne Ötlingens und Jesingens sind freilich schon verkehrliche Maßnahmen dringend vonnöten. Ansonsten verweisen wir auf unsere Position zur NWT. Im Übrigen wären wir schon froh, wenn wenigstens alle

	<p>vorhandenen Straßen über kurz oder lang in Schuss kämen. An der einen oder anderen Stelle kann man sich auch einen Rückbau von Straßen bzw. eine Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs vorstellen, gerade im Innenstadtbereich wie etwa in der unteren Max-Eyth-Straße. Die SPD verlangt darüber hinaus die Schaffung einer autofreien Innenstadt. Eine Fahrerlaubnis sollen dort nur noch Notdienste, Anlieferer und Anwohnerparker mit registrierter Plakette auf gekennzeichneten Flächen bekommen.</p>
CIK	<p>Nein, Vorschlag Ortsdurchfahrten durch Verkehrsberuhigung unattraktiv machen wie zuletzt für Ötlingen vorgeschlagen findet unsere Zustimmung</p>
FWV	<p>Unser erstes Anliegen ist momentan der Unterhalt des bestehenden Straßennetzes. Nur für Entlastungsstrassen sehen wir Bedarf.</p>

**C4) Inwieweit sehen Sie Möglichkeiten für einen weiteren Ausbaus des ÖPNV im Raum Kirchheim?**

Frauenliste	<p>Mit dem Start der S-Bahn im Dezember 2009 muss der ÖPNV ausgebaut und neu vertaktet werden. Vor allem müssen Anstrengungen unternommen werden, um den ÖPNV in Kirchheim deutlich mehr ins Bewusstsein zu rücken. Wenn hier nur ein Bruchteil von dem investiert wird, was in den letzten Jahren in unsere Parkhäuser investiert wurde, dann kommen wir ein gutes Stück voran.</p>
Die Grünen	<p>Diese sehen wir und unterstützen wir. Schließlich wollen wir den Umweltverbund stärken. In erster Linie sind die künftigen S-Bahn-Stationen in Kirchheim und Ötlingen attraktiver zu gestalten, um einen weiteren Anreiz zum Umstieg zu schaffen. Wenn die S-Bahn zum Fahrplanwechsel 2009/2010 nach Kirchheim fährt, sollte eine vollständige, neue Überarbeitung des Busfahrplans vorgenommen werden. Schließlich wird der S-Bahn-Betrieb weit reichende Auswirkungen auf den Stadt- und Regionalbus sowie den Schülerverkehr haben. Hierbei soll ebenfalls an gestaffelte Anfangszeiten an den Schulen gedacht werden, um somit die Kosten der Busverkehre reduzieren zu können  Was den Hauptbahnhof angeht, soll die Stadtverwaltung</p>

	<p>mit der Deutschen Bahn AG sowie möglichen Einzelhändlern (Bäckerei, Reisebüro) Gespräche führen, um die Ansiedlung von Geschäften des täglichen Bedarfs etwa in Form eines „Reise- und Einkaufszentrums“ im Bahnhof in Gang zu bringen. Am Bahnhof gibt es für diese Angebote Kundschaft und er ist in gewisser Weise ein Tor zur Stadt Kirchheim. Deshalb wollen wir den Bahnhof wieder mehr als Reisezentrum und besonderen städtischen Ort ausgestalten. Dass grundsätzlich ein Bedarf an solchen - auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten geöffneten - Geschäften für den täglichen Bedarf besteht, zeigen die Tankstellen mit entsprechendem Angebot.</p> <p>Neben der künftigen S-Bahn spielt der Busverkehr in der Stadt und im Umland eine wichtige Rolle. Zur besseren Anbindung der Stadt an die neue Messe und den Filderraum beantragen wir, dass die Verwaltung eine Schnellbuslinie von Kirchheim zu den S-Bahn-Stationen Flughafen und Leinfelden-Echterdingen prüfen lässt und diese Anregung zur Erstellung des Kreisnahverkehrsplans an das Landratsamt weiterleitet</p>
SPD	<p>Bald läutet die S-Bahn in Kirchheim ein neues Zeitalter im Schienennahverkehr ein.</p> <p>Ein gut ausgebauter und funktionsfähiger ÖPNV ist für unseren Raum unverzichtbar.</p> <p>Da kann noch mehr getan werden. Er ist für die Menschen und die Mobilität, für die Wirtschaft und für den Umweltschutz gleichermaßen wichtig. Leistungsverbesserungen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Kosten- und Nutzenverhältnis müssen freilich in einem günstigen Verhältnis stehen. Und nicht zuletzt muss das Umdenken und Umsteigen der Menschen mit den Ausbauambitionen beim ÖPNV Schritt halten.</p>
CIK	<p>Optimale Anpassung an S-Bahn erforderlich und mindestens Beibehaltung der Situation der Kleinen Teckbahn Kirchheim-Oberlenningen!</p>
FWV	<p>Gerade erst wurde im GR ein weiterer Ausbau des ÖPNV nach Inbetriebnahme der S-Bahn beschlossen .Es erfolgt eine kürzere Taktung und Ausweitung am Wochenende und Aufnahme neuer Strecken.</p>

## Themenblock D - Gentechnik

**D1) Setzen Sie sich dafür ein, dass auf den Grundstücken der Stadt der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen per Pachtvertrag ausgeschlossen wird?**

Frauenliste	Wir lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen generell ab.
Die Grünen	<p>Im Herbst 2006 haben wir im Kreistag folgenden Antrag gestellt:</p> <p>a) Der Landkreis Esslingen bewahrt die Ziele der Wahl- und Entscheidungsfreiheit für die Verbraucher, Landwirte, Imker und die Lebensmittelwirtschaft bezüglich des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen. Er schützt und sichert diese Wahlfreiheit durch geeignete Maßnahmen.</p> <p>b) Im Rahmen von Pachtverträgen über landwirtschaftliche Flächen des Kreises sowie bei der Vergabe von Dienstleistungen sollen Anbau und Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen so weit wie möglich ausgeschlossen werden.</p> <p>Ziel unseres Antrages ist es, dass der Landkreis im Rahmen seiner Möglichkeiten alles daran setzt, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Lebensmittel aus der Region zu stärken und für Gentechnikfreiheit in der Region zu werben.</p> <p>Die Bezeichnung „gentechnikfrei“ setzt ein positives Zeichen und schafft Vertrauen. „Gentechnikfrei“ stärkt zudem die Landwirte, Gärtner und Imker vor Ort, für die die Direktvermarktung oft ein wesentliches wirtschaftliches Standbein darstellt.</p> <p>Der Landkreis kann hier unterstützen, indem er als Vorreiter Zeichen setzt. Dass die Verwaltung anstrebt, für die Schulcafeterien an den beruflichen Schulen entsprechende Veränderungen herbeizuführen, begrüßen wir.</p>
SPD	Absolut, denn Kirchheim muss eine gentechnikfreie Zone bleiben.
CIK	sofern der GR darauf Einfluss hat - JA !
FWV	Ja

## Themenblock E - Förderung lokaler Nahrungsmittelproduktion

**E1) Werden Sie dafür eintreten, dass Kirchheim die auf ihrer Gemarkung bestehende verbliebene landwirtschaftliche Produktion nach Möglichkeit erhält?**

Frauenliste	Ja.
Die Grünen	Das müssen wir noch diskutieren. Hierzu gibt es noch keine abschließende Meinung.
SPD	Was heißt „nach Möglichkeit“? Bereits die Frage benennt den Pferdefuss. Der Strukturwandel lässt sich nicht mit Zwangsmaßnahmen aufhalten. Unsere verbliebenen Bauern brauchen Überlebensperspektiven, die über die landwirtschaftliche Produktion hinausweisen. Neue Standbeine spielen für die landwirtschaftlichen Betriebe eine immer größere Rolle: Die Erzeugung von Energie aus Biogas, Holzpellets, Rapsöl und aus Photovoltaik ist schon heute für viele zur zweiten Säule der Existenzsicherung geworden. Aber auch der Vertragsnaturschutz, der sanfte Tourismus sowie die Landschaftspflege haben neben der aktiven Selbstvermarktung der Produkte an Bedeutung gewonnen. Die SPD unterstützt diese Entwicklung, die dem Landwirt mehr unternehmerische Freiheit gibt. Trotzdem ist der lokale Handlungsspielraum arg eingeeengt. Von daher verbietet es sich, den um ihre Existenz kämpfenden (Nebenerwerbs)Bauern Sand in die Augen zu streuen.
CIK	Ja
FWV	Der wünschenswerte Erhalt liegt nicht in den Möglichkeiten von Stadt und GR. Es werden jetzt schon den verbleibenden Betrieben Möglichkeiten geschaffen ihre Betriebe zu vergrößern, neue Wirtschaftsgebäude zu errichten um die wirtschaftlichen Grundlagen zu verbessern. Andererseits muß die Stadt von den Landwirten fordern in den Außenbereichen Ihre Betriebe in „tragbarem“ Zustand zu präsentieren.

E2) Unterstützen Sie lokale Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im Raum Kirchheim und wenn ja wie?	
Frauenliste	Zum einen schätzen wir die Leistung der Lokalen Agenda Gruppe "Schmeck-die-Teck" in diesem Bereich außerordentlich, zum anderen nutzen wir hier die Macht die wir als Verbraucher haben durch unser eigenes Einkaufsverhalten.
Die Grünen	Wir unterstützen Vermarktungsmöglichkeiten auf dem Wochenmarkt und über das Label "Schmeck-die-Teck". Im Rahmen der Vergabe der Schulspeisebelieferung haben wir uns für eine regionale Lösung und gegen cook-and-chill-Verfahren ausgesprochen.
SPD	Gerade SPD-Wähler kaufen häufig Produkte des Netzwerks „Schmeck die Teck“ und trinken Apfelsaft von Kirchheimer Streuobstwiesen. Das schließt nicht aus, dass wir den fair gehandelten Kaffee bis auf weiteres im Dritte-Welt-Laden erwerben. Ach ja, auch das Kirchheimer Öko-Bier läuft uns runter wie Öl.
CIK	JA - für Anregungen sind wir offen !
FWV	Unterstützung der lokalen Agenda, Unterstützung von Schmeck die Teck und eigenes Einkaufsverhalten.

## Themenblock F - Energie

**F1) Werden Sie dafür eintreten, dass die Stadt Kirchheim die Beratung von Bürgern in Sachen Energieeinsparung (bezüglich Wärme, Strom und Treibstoffen) dauerhaft und verlässlich unterstützt?**

Frauenliste	Die bereits eingerichtete Energieberatungsstelle wird von uns vorbehaltlos unterstützt.
Die Grünen	Dank eines grünen Antrags wurde die Stelle eines städtischen Energiemanagers geschaffen. Hier ist weiter zu arbeiten. Wir wollen den beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie auch in Kirchheim unter Teck unterstützen, indem alle Stromfresser in den städtischen Gebäuden durch energiesparende Geräte ersetzt werden. Der Einsatz erneuerbarer Energien und der Bezug von zertifiziertem Ökostrom muss ausgeweitet und die Straßenbeleuchtung nach und nach durch Energiesparlampen (z.B. LED-Beleuchtung) ersetzt werden. Die Arbeit des Energieberatungszentrums unterstützen wir.
SPD	Aber freilich. Die Stadt ist Mitgesellschafter der Energieagentur auf Landkreisebene. Ich selbst hatte vor kurzem erst in Kirchheim die Gelegenheit, eine durchaus hilfreiche kostenlose Erstberatung zur energetischen Sanierung der Heizungsanlage in meiner Wohnanlage in Anspruch zu nehmen.
CIK	JA - Stärkung Lokale Agenda / Energieberatung
FWV	Ja. Energieberatung findet in Kirchheim durch Landkreis statt.

**F2) Werden Sie dafür eintreten, dass die auf der Kirchheimer Gemarkung anfallende Biomasse, insbesondere biogene Abfallstoffe, nach Möglichkeit energetisch genutzt werden, z.B. als Holzhackschnitzel oder in Form von Biogas, soweit dies wirtschaftlich vertretbar und ökologisch sinnvoll ist?**

Frauenliste	Ja.
Die Grünen	Ja, wir haben uns im Bebauungsplan Schafhof und bei der Planung der Verbundschule in Dettingen für die Einrichtung von Holzhackschnitzelheizanlagen ausgesprochen.

SPD	Mit den in der Frage bereits enthaltenen konditionalen Einschränkungen stehen wir auch hinter dieser Zielsetzung.
CIK	JA – z.B. beim evtl. Hackschnitzelanlage beim neuen Hallenbad, ggf. Anbindung Schloßgymnasium
FWV	Ja, wenn ökologisch sinnvoll und auch wirtschaftlich.

**F3) Mit welchen weiteren, konkreten Maßnahmen möchten Sie die rationelle Energienutzung sowie die Erzeugung und Nutzung regenerativer Energien und die Kraft-/Wärmekopplung in Kirchheim stärken?**

Frauenliste	Förderung von Bürgersolaranlagen, Wärmegewinnung durch Holzhackschnitzelanlagen für öffentliche Gebäude, energetische Sanierung städtischer Gebäude, Nutzung von Solarthermie für das neue Hallenbad, Verankerung der Nutzung regenerativer Energien in Bebauungsplänen usw.
Die Grünen	<p>Die Einrichtung von Bürgersolaranlagen sowie die Bereitstellung von Dachflächen auf städtischen Gebäuden unterstützen wir.</p> <p>Auf Antrag der Grünen hat der Esslinger Kreistag ein Klimaschutzziel vereinbart: Bis zum Jahr 2020 will der Landkreis die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 35 Prozent reduzieren. Wir wollen dafür sorgen, dass die gesetzten Klimaschutzziele konkret umgesetzt werden und nicht wie bisher eine breite Front von Abwiegern wichtige Klimaschutzprojekte verhindert. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass sich der Landkreis von der konventionellen und klimaschädigenden Energieversorgung abwendet. Kein Gebäude darf ohne wirksame Wärmeschutzmaßnahmen saniert werden.</p> <p>Wir treten für einen kommunalen Energieerlass ein, der die Nutzerinnen und Nutzer von Kreisgebäuden zum energiesparenden Verhalten anhält und konkrete technische Vorgaben zur energetischen Sanierung macht. Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr Beratung zum Thema Energiesparen und energetische Gebäudesanierung. Deshalb wollen wir, dass sich der Landkreis stärker als bisher für seine Energieberatungsagentur engagiert. Wir Grüne fordern, dass nur noch die verbrauchsärmsten Geräte, Anlagen und Fahrzeuge vom Landkreis angeschafft werden.</p>

SPD	<p>Auf die Schnelle liefere ich da mal unsere Ziele und Vorschläge aus dem Kommunalwahlprogramm der SPD ab: Verbindliche Festlegung und Selbstverpflichtung der Stadt auf die Verringerung der CO2-Emissionen der städtischen Liegenschaften bis zum Jahr 2020 mindestens um 35 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2007;  Zügiges Vorantreiben der energetischen Gebäudesanierungen; Erstellung weiterer Bürgersolaranlagen, wie in Jesingen, Lindorf und Nabern auf öffentlichen Gebäuden der Stadt; Klimaschutzziele, wie zum Beispiel die Nutzung regenerativer Energien, in künftige Bebauungspläne integrieren.</p>
CIK	<p>Idee: Kirchheimer "Umweltpreis" ausschreiben für besonders umweltfreundliche Bauweise, oder Bürgersolaranlagen oder konkrete Festschreibungen in Bebauungsplänen hinsichtlich Nutzung von regenerativen Energien</p>
FWV	<p>Auf einen ausgewogenen Energiemix achten und bei Bebauungsplänen Energiekonzepte einbinden.</p>

<p><b>F4) Werden Sie dafür eintreten, dass der Strombedarf der kommunalen Liegenschaften und Einrichtungen künftig mit zertifiziertem Öko-Strom gedeckt wird, um so den „ökologischen Fußabdruck“ von Kirchheim, z.B. in Bezug auf die CO2-Emissionen, zu verkleinern?</b></p>	
Frauenliste	Wir haben bereits am Beschluss 30% des städtischen Strombedarfs aus Öko-Strom zu decken mitgewirkt, und denken dass sich das noch steigern lässt.
Die Grünen	Ja. Dank eines Grünen Antrags werden derzeit bereits 30 Prozent des städtischen Strombedarfs in Form von Ökostrom bezogen. Nach den Landratsämtern in Esslingen und Nürtingen sollen auch die Krankenhäuser des Landkreises und das Kompostwerk mit Ökostrom versorgt werden. Wir Grüne fordern: Ab dem Jahr 2011 müssen die Liegenschaften des Landkreises mindestens zur Hälfte mit Ökostrom versorgt werden, spätestens ab 2014 soll die vollständige Abkehr von Atom- und Kohlestrom gelingen.
SPD	Ja, und der erste Schritt ist bereits getan. Der Gemeinderat hat 2007 beschlossen, dass ein Teil des Bedarfs für die städtischen Gebäude durch Ökostrom gedeckt wird. Seit 2008 wird das gemacht und beläuft sich auf immerhin rund ein Drittel der insgesamt bezogenen Menge.
CIK	Kostendarstellung erforderlich - wenn sich die Mehrkosten in einem vertretbarem Rahmen bewegen – JA
FWV	Wichtigste Maßnahme muß ein Einsparen von Energie durch energ, Sanierung sein. Diese Sanierung wird auf Jahre Millionen benötigen. Deshalb lässt sich der Anteil Ökostrom nur in Schritten steigern um die anderen Maßnahmen nicht zu gefährden.